

## INTERNATIONALES KONFLIKT- & KRISENMANAGEMENT

Anfang Mai unterzeichneten Russland, Iran und die Türkei die Astana-Vereinbarung zur Einrichtung von 4 Deeskalationszonen (Idlib, Nord-Hama, Nord-Damaskus, Südsyrien), in denen Kampfhandlungen für sechs Monate, mit Möglichkeit einer Verlängerung, eingestellt werden. Die drei Beobachterstaaten verpflichten sich ihren Einfluss auf lokale Gruppen zur Verhinderung von Kampfhandlungen zu nutzen, Luftschläge auszusetzen sowie humanitäre Hilfslieferungen zuzulassen. Die USA, welchen keine Rolle in der Astana-Vereinbarung zukommt, kritisierten die Beobachter-Rolle Irans im Abkommen, der eine Vielzahl an schiitischen Milizen im Kampf gegen die syrische Opposition kontrolliert.

In den Deeskalationszonen wurde in den letzten Wochen jedoch ein niedriges Niveau an Kampfhandlungen verzeichnet. Der UN-Sondergesandte De Mistura sprach von einem Versuch der Ausweitung der Zonen auf weitere Gebiete.

Die Waffenstillstände der Astana-Vereinbarung werden unterdessen vom Regime und seinen Verbündeten genutzt, um in neuen Offensiven in IS-gehaltenen Gebieten in Homs, Deir ez-Zour, Ost-Aleppo, im Euphrat-Tal einerseits den befürchteten Einflussgewinn der USA mit den von ihnen unterstützten kurdischen Syrian Democratic Forces (SDF) zu bremsen und andererseits die von USA, Jordanien und Großbritannien geplante Pufferzone im Süden Syriens zu verhindern. 3000 Hisbollah-Kämpfer wurden in die syrische Wüste verlegt, weitere Regime-Offensiven mit afghanischen und iranischen Milizen erfolgten im Dreiländereck Syrien-Jordanien-Irak. Nordöstlich von Tanf errichtete die von der Anti-IS-Koalition unterstützte Einheit „Commandos of the Revolution“ einen Militärstützpunkt, wo neben 150 US-Truppen, Soldaten von fünf weiteren in der Koalition vertretenen Staaten stationiert sind. Die Einnahme der Tanf-Region

erlaubt dem Regime die Damaskus-Bagdad-Autobahn zu kontrollieren und ist zudem für den Verbündeten Iran von strategischer Bedeutung. Es kam, nach dem Angriff des syrischen Luftwaffenstützpunkt Schayrat durch die USA im April, nun zum zweiten US-Luftschlag auf Stellungen des syrischen Regimes und seiner Verbündeten, die sich trotz Warnungen der Tanf-Region näherten.

Die sechste Runde der Genf-Sprache war geprägt von heftigen Debatten über den UN-Vorschlag eine Beratungskommission zur Erstellung einer neuen Verfassung einzurichten, welche letztlich die Annahme des Verfassungsentwurfs unabhängig vom politischen Übergangsprozess bzw. Rücktritt Assads vorsieht. Der von der Opposition zurückgewiesene Vorschlag zur Verfassungskommission sowie weitere technische Fragen zu Governance, Wahlen und Terrorbekämpfung stehen nun bis zur nächsten Genf-Konferenz zur Debatte.

## INNENPOLITISCHE DYNAMIK

Walid Muallem, der stellvertretende Ministerpräsident, begrüßte das unterzeichnete Memorandum zur Etablierung von Deeskalationszonen in Syrien. Präsident Assad schlug den Rebellen in diesen Zonen ein Amnestieangebot und die Niederlegung ihrer Waffen vor. In der Vergangenheit wurden ähnliche Versprechen jedoch stets gebrochen. Der Minister für nationale Versöhnungsangelegenheiten, Ali Haider, betonte, dass die zahlreichen Amnestievereinbarungen der letzten Jahre ohne Gebietsgewinne der syrischen Armee nicht möglich gewesen wären.

Die syrische Regierung brachte nach offiziellen Angaben zum ersten Mal seit fünf Jahren die drittgrößte syrische Stadt, Homs, wieder vollständig unter ihre Kontrolle. Im Rahmen von Evakuierungsabkommen zwischen Syriens Regierung und Rebellen wurden im Mai ungefähr 20.000 Einwohner aus Homs, sowie

Hunderte Rebellen samt ihren Familien aus dem belagerten Bezirk Barzeh in Damaskus in die von Rebellen gehaltene Provinz Idlib in Nordsyrien transportiert. Die Opposition kritisierte dieses Abkommen, wie auch jene zuvor, als Zwangsverbreitung der Einwohner.

Unterdessen spitzt sich die Flüchtlingsproblematik an der syrisch-türkischen Grenze zu. Tausenden Syrern wird eine medizinische Behandlung verweigert, nachdem die türkischen Behörden eine Quotenregelung zur Behandlung von fünf „Nicht-Notfall-Patienten“ pro Tag einführen. Medienberichten zufolge warten derzeit rund 3.000 Patienten mit Krebs-, Herzerkrankungen und Nierenversagen an der Grenze, Bab al-Hawa, dem letzten offenen Grenzpunkt. Unter den neuen türkischen Einreisebestimmungen für syrische Verletzte würde es mindestens ein Jahr dauern, um alle 3.000 Personen in der Türkei behandeln zu können.

## HUMANITÄRE LAGE

Ende April verlaublichte die Organisation für das Verbot Chemischer Waffen einen Bericht mit einer Liste von 45 möglichen Angriffen mit Giftgas, die sich seit 2016 in Syrien ereignet haben sollen. Auch Human Rights Watch warf der syrischen Armee einen „verbreiteten und systematischen“ Einsatz von Chemiewaffen vor. Die staatliche syrische Nachrichtenagentur behauptete unterdessen, dass die Aufnahmen des Giftgasangriffs in Khan Sheikhoun von Al-Jazeera Mitarbeitern gestellt wurden.

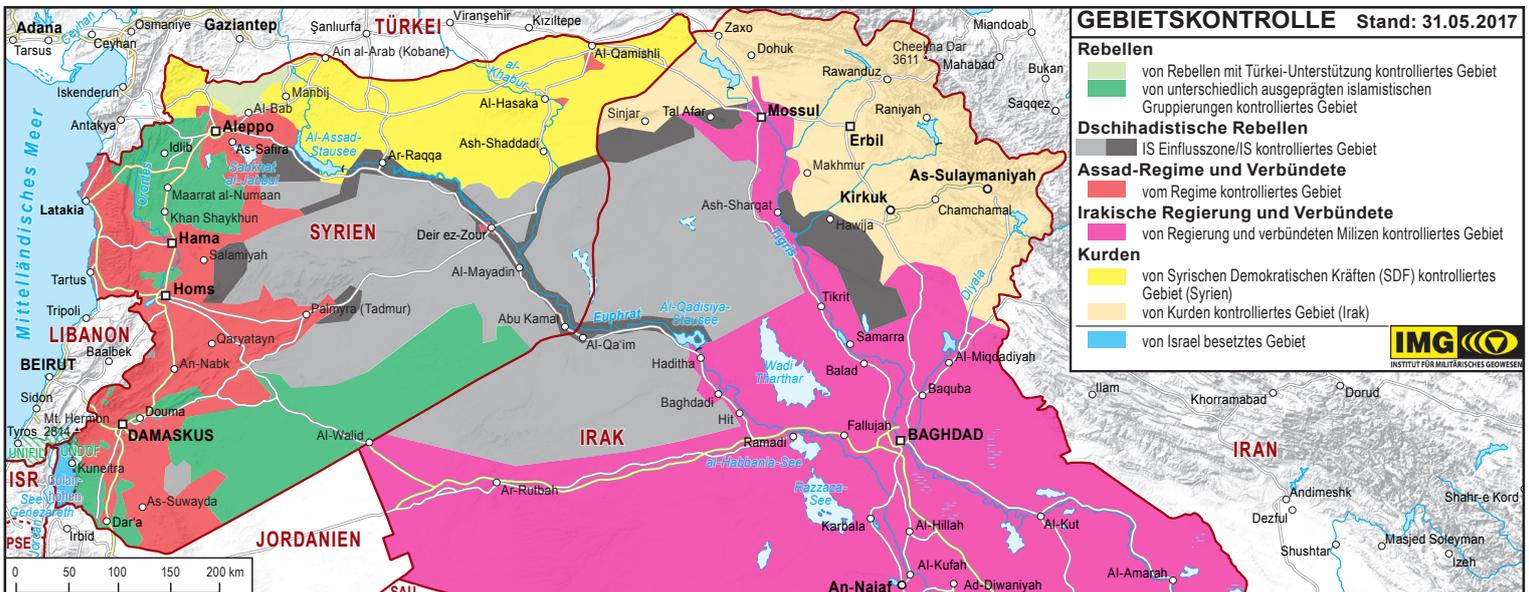
UN-Organisationen äußerten sich zutiefst besorgt um die Sicherheit von Zivilisten in Syrien. Durch Luftangriffe und Beschuss wurden zuletzt verstärkt zivile Infrastruktur sowie zahlreiche Zivilisten getötet. Bei einem Luftschlag der syrischen Armee in der Stadt Hama wurden Dutzende Weißhelm-Rettungskräfte getötet. Die US-geführte Anti-IS-Koalition geriet unterdessen in Verdacht in der Provinz Raqqa für den Verlust 18 Menschenleben verantwortlich gewesen zu sein sowie unlängst in Deir ez-Zour für den Tod von weiteren 106 Zivilisten. Die US-Regierung erhob indes den Vorwurf, das Assad-Regime führe Massenhinrichtungen in seinen Gefängnissen durch und verbrenne die Leichen in Gefängnis-Krematorien. Als Beleg präsentierte das Außenministerium in Washington Satellitenaufnahmen eines Gebäudes innerhalb der Haftanstalt Saidnaja nördlich von Damaskus, bei dem es sich um ein Krematorium handeln soll. Das syrische Regime dementierte die Vorwürfe umgehend. In Rukban starben bei einem Autobombenanschlag auf ein Flüchtlingslager mindestens sechs Menschen. Bei zwei Anschlägen auf Regime-kontrollierte Dörfer in der Provinz Hama kamen mindestens 50 Menschen ums Leben. Im weiteren Verlauf des Monats verübte der IS Anschläge in Homs und Damaskus sowie weitere Attentate außerhalb seines Machtzentrums in Afghanistan, Pakistan, Ägypten, Philippinen und Iran. Der Anschlag bei einem Pop-Konzert in Manchester, England, soll gemäß IS-Aussagen von einem „Soldaten des Kalifates“ verübt worden sein.

## MILITÄRISCHE ENTWICKLUNGEN

Am 6. Juni startete die Offensive auf die Hauptstadt des IS-Kalifates Raqqa durch die US-unterstützten kurdischen SDF-Streitkräfte. Mit Hilfe der Koalitions-Luftschläge gelang es den kurdischen Truppen bereits, die ersten Bezirke im Osten Raqqas einzunehmen. Dennoch gibt es Fluchtwege für IS-Kämpfer und ihre Familien. Syrische Medien berichteten, dass die SDF-Kräfte IS-Anhängern ein Zeitlimit bis Ende Mai zur Niederlegung ihrer Waffen gesetzt hatten. Russische Medien bestätigten weiters, dass die SDF mit amerikanischer, britischer und französischer Unterstützung die nördliche Fluchtroute blockiert hätten, den IS-Anhängern allerdings auf 2 Wegen – Richtung Süden nach Palmyra oder Richtung Westen nach Idlib – Flucht gewährt hätten, mit dem Ziel, den erwarteten Widerstand bei der Übernahme der Stadt zu schwächen. SDF-Sprecher Talal Selo bestritt dies und sagte, dass keine Vereinbarung zwischen ihnen und IS-Terroristen bestehe. Da Russland eigene Truppen in Palmyra stationiert hat kündigte es

an, die Fluchtbewegungen des IS in ihre Einflusszone Palmyra zu verhindern. So feuerte Russland vier Raketen von seiner Fregatte und einem U-Boot im östlichen Mittelmeer auf IS-Stellungen in Ost-Palmyra ab.

Parallel zu den anhaltenden Waffenstillstandsvereinbarungen im Rahmen der Astana-Vereinbarung ging das syrische Regime in den letzten Wochen an zahlreichen Fronten gegen IS-Stellungen vor, mit dem Ziel IS-Gebiete vor der Anti-IS-Koalition mit ihren lokalen Verbündeten zu besetzen. Die Regime-Einheiten rückten gegen IS-Terroristen im östlichen Teil der Provinz Aleppo vor und erreichten das Euphrattal. Zudem wurden große Gebiete entlang der Palmyra-Homs-Autobahn befreit und eine neue Offensive gegen den IS im östlichen Teil der Provinz Hama gestartet. Weiters wurde eine neue Front zur Rückeroberung der Stadt Deraa im Süden Syriens, die derzeit von einem JFS-dominierten Rebellenblock kontrolliert wird, eröffnet.



QUELLEN MEDIENANALYSE AUFBEREITUNG IFK MENA-Team (Jasmina RUPP, Nasser EL-HAJ, Milutin MRVOSEVIC) LAYOUT REF III/Medien, IMG

## INTERNATIONALES KONFLIKT- & KRISENMANAGEMENT

Im Rahmen einer Gipfelkonferenz in Saudi-Arabien einigten sich Staats- und Regierungschefs von 55 arabischen und islamischen Staaten sowie US-Präsident Trump auf umfassende Maßnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus. Saudi-Arabien nimmt durch die Einrichtung eines internationalen Zentrums gegen Extremismus sowie eines Anti-Terror-Finanzierungs-Zentrums in Riad eine Schlüsselrolle ein. Zudem wurde die Bildung einer islamisch-militärischen Allianz im Kampf gegen den IS beschlossen, ohne direkt in Kampfhandlungen involviert zu sein. Vielmehr beteiligt sie sich durch Betankungsmaßnahmen, Ausbildungsprogramme für lokale Partner

und geheimdienstlichen Informationsaustausch. Der IS scheint sich mittlerweile auf sein Weiterleben als Organisation nach dem erwartbaren Verlust seiner Hochburgen im Irak und Syrien vorzubereiten. So intensiviert er im Laufe des Fastenmonats Ramadan seine Terror- und Guerilla-Aktivitäten in Provinzen außerhalb seines Machtzentrums. Damit demonstriert er, dass trotz territorialer Verluste weiterhin hohe operative Potenziale eingesetzt werden können. Zudem setzte der IS verstärkt auf die Rekrutierung neuer Kämpfer und Selbstmordattentäter in Deir ez-Zour und Raqqa. Die neuen Rekruten sind zu einem Großteil Teenager und neuerdings auch Frauen. Frauen, die ursprünglich nur Aufgaben im Haushalt hatten, kommt nun auch im Kampf eine wichtige Rolle zu. Sie durchlaufen mittlerweile militärische Ausbildungen und wurden in Mossul auch erstmals in eigens eingerichteten Sniper-Einheiten für Frauen eingesetzt. Frauen werden im Gegensatz zu Männern bei Sicherheitskontrollen in Syrien und Irak weniger häufig kontrolliert und stellen somit ein neues Sicherheitsrisiko dar.

## HUMANITÄRE LAGE

Im Zuge der Beseitigung der letzten Widerstandsnester des IS in Mossul wurden alle Zivilisten von den irakischen Sicherheitskräften dazu aufgefordert, die Altstadt zu verlassen. Wie in der Vergangenheit missbraucht der IS auch diesmal Zivilisten als menschliche Schutzschilde. Militärischen Quellen zufolge wurden 163 Zivilisten beim Versuch, aus den belagerten Stadtteilen zu entkommen, getötet. Unterdessen gelang es, Dutzende jesidische Gefangene des IS aus ihrer dreijährigen Gefangenschaft zu befreien, allerdings befinden sich noch mindestens 3000 weitere Jesidinnen in IS-Gefangenschaft, die vorrangig als Sexsklavinnen missbraucht werden.

Während der Belagerung Mossuls führte die irakische Armee einen Angriff auf eine vermutete Bombenfabrik des IS durch, bei welchem laut IS-Angaben mindestens 68 Zivilisten

starben, die irakische Armee hingegen wies jegliche Verantwortung von sich. Die US-Streitkräfte bestätigten derweil, für einen Luftangriff in Mossul, der im März stattfand, verantwortlich gewesen zu sein. Bei der Aktion kamen mindestens 100 Zivilisten ums Leben. Des Weiteren räumte das Pentagon ein, seit Beginn der Anti-IS-Operationen für den Tod von 484 Zivilisten verantwortlich zu sein.

Im Irak kam es im Fastenmonat Ramadan zu einer regelrechten Serie von Bombenanschlägen, wobei bei kurz aufeinanderfolgenden Anschlägen in Bagdad und Basra insgesamt mindestens 35 Menschen zu Tode kamen. Weitere Selbstmordattentate in Bagdad, Hit, Ramadi, Baqubah und Kirkuk rissen Hunderte Menschen in den Tod. Die Terrormiliz bekannte sich zu allen Anschlägen.

## INNENPOLITISCHE DYNAMIK

Im Nordwesten des Irak eroberten pro-iranische schiitische Milizen die Stadt Baadsch im irakisch-syrischen Grenzgebiet vom IS zurück, weitere Vorstöße erfolgten in Richtung der Stadt Al-Qaim. Das Vorgehen der Truppen ist Teil der Strategie dem IS keine Rückzugsgebiete zu ermöglichen. Der langfristige Plan, das mehrheitlich sunnitisch dominierte irakisch-syrische Grenzgebiet durch schiitische Milizen zu säubern, erfolgte auf Anordnung von Premier Abadi. Der Sprecher der Volksmobilisierungseinheiten, Karim al-Nuri, betonte zudem, dass in Koordination mit dem syrischen Regime der IS auch auf syrischem Boden bekämpft wird. Die neue Dominanz der pro-iranischen Milizen im Grenzgebiet stößt auf heftige Kritik der kurdisch dominierten SDF-Kräfte in Syrien, die davor warnen, syrisches Territorium zu betreten. Ein Einmarsch der schiitischen Milizen würde neue Spannungen zwischen den von den USA unterstützten Kurden und den vom Iran unterstützten schiitischen Milizen schaffen. Auch der irakische Premier Abadi kritisierte die Aussage des Kommandanten der Volksmobilisierungseinheiten und betonte, dass es gemäß Verfassung Irakern nicht gestattet ist, über die Grenzen des Landes hinaus zu kämpfen.

Die Irakischen Sicherheitskräfte (ISF) befinden sich kurz vor der Einnahme der Altstadt von Mossul vom IS. Die Streitkräfte eröffneten eine neue Front aus dem Norden, um dem erbitterten Widerstand um die letzten vom IS kontrollierten Stadtviertel zu brechen. Aussagen der ISF zufolge sollen sich noch 500 IS-Kämpfer sowie bis zu 250.000 Zivilisten in den umkämpften Bezirken aufhalten.

Der IS reagiert auf den militärischen Druck in Mossul mit einer Welle von Terroranschlägen in unterschiedlichen Landesteilen. Anfang Juni verbuchte der IS ein Selbstmordattentat auf das Headquarter der schiitischen Volksmobilisierungseinheiten im Dorf Halabsa, 30 km nördlich von Bagdad.

Unterdessen wurden in einem Dorf des Bezirkes Sindschar fünf Massengräber entdeckt mit sterblichen Überresten von mindestens 400 Jesiden, die dem IS zum Opfer gefallen sind.

## MILITÄRISCHE ENTWICKLUNGEN

Im Nordwesten des Irak eroberten pro-iranische schiitische Milizen die Stadt Baadsch im irakisch-syrischen Grenzgebiet vom IS zurück, weitere Vorstöße erfolgten in Richtung der Stadt Al-Qaim. Das Vorgehen der Truppen ist Teil der Strategie dem IS keine Rückzugsgebiete zu ermöglichen. Der langfristige Plan, das mehrheitlich sunnitisch dominierte irakisch-syrische Grenzgebiet durch schiitische Milizen zu säubern, erfolgte auf Anordnung von Premier Abadi. Der Sprecher der Volksmobilisierungseinheiten, Karim al-Nuri, betonte zudem, dass in Koordination mit dem syrischen Regime der IS auch auf syrischem Boden bekämpft wird. Die neue Dominanz der pro-iranischen Milizen im Grenzgebiet stößt auf heftige Kritik

der kurdisch dominierten SDF-Kräfte in Syrien, die davor warnen, syrisches Territorium zu betreten. Ein Einmarsch der schiitischen Milizen würde neue Spannungen zwischen den von den USA unterstützten Kurden und den vom Iran unterstützten schiitischen Milizen schaffen. Auch der irakische Premier Abadi kritisierte die Aussage des Kommandanten der Volksmobilisierungseinheiten und betonte, dass es gemäß Verfassung Irakern nicht gestattet ist, über die Grenzen des Landes hinaus zu kämpfen.

Die Irakischen Sicherheitskräfte (ISF) befinden sich kurz vor der Einnahme der Altstadt von Mossul vom IS. Die Streitkräfte eröffneten eine neue Front aus dem Norden, um dem erbitter-

ten Widerstand um die letzten vom IS kontrollierten Stadtviertel zu brechen. Aussagen der ISF zufolge sollen sich noch 500 IS-Kämpfer sowie bis zu 250.000 Zivilisten in den umkämpften Bezirken aufhalten.

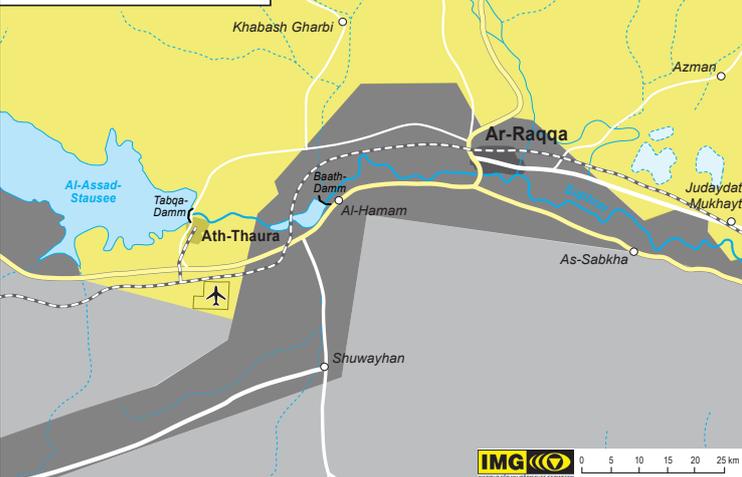
Der IS reagiert auf den militärischen Druck in Mossul mit einer Welle von Terroranschlägen in unterschiedlichen Landesteilen. Anfang Juni verbuchte der IS ein Selbstmordattentat auf das Headquarter der schiitischen Volksmobilisierungseinheiten im Dorf Halabsa, 30 km nördlich von Bagdad.

Unterdessen wurden in einem Dorf des Bezirkes Sindschar fünf Massengräber entdeckt mit sterblichen Überresten von mindestens 400 Jesiden, die dem IS zum Opfer gefallen sind.

### DETAILANSICHT AR-RAQQA

Stand: 31.05.2017

**Dschihadistische Rebellen**  
 ■ IS Einflusszone/IS kontrolliertes Gebiet  
**Kurden**  
 ■ von Syrischen Demokratischen Kräften (SDF) kontrolliertes Gebiet



### DETAILANSICHT MOSSUL

Stand: 31.05.2017

**Dschihadistische Rebellen**  
 ■ IS kontrolliertes Gebiet  
**Irakische Regierung und Verbündete**  
 ■ von Regierung und verbündeten Milizen kontrolliertes Gebiet  
**Kurden**  
 ■ von Kurden kontrolliertes Gebiet

